## 17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

58. Sitzung

Mittwoch, 1. März 2023, 9:00 Uhr

## TAGESORDNUNG

Das Plenum hat folgende Beschlüsse gefasst:

Stand: 1.3.2023

- 1. Aktuelle Debatte
  - Bildungsmilliarde für Baden-Württemberg:
    Land muss jetzt in Schulen und Kitas investieren!

beantragt von der Fraktion der SPD

- 2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD abgelehnt
  - Gesetz zur Änderung des Tariftreue- und Mindestlohnge- in 2. Beratung setzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg

Drucksache 17/3521

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Drucksache 17/3811

Berichterstattung: Manuel Hailfinger MdL

3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung

 Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen in Baden-Württemberg und zur Änderung weiterer Vorschriften
 Drucksache 17/4011 angenommen in 2. Beratung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen

Drucksache <u>17/4137</u>

Berichterstattung: Nicolas Fink MdL

hierzu gestellter Antrag:

Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP Drucksache 17/4306

abgelehnt

- 4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
  - Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und anderer Vorschriften

Drucksache 17/4079

an den Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen überwiesen

- 5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung
  - Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden- Württemberg, dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse Südwest und der LBS Bayerische Landesbausparkasse zur LBS Landesbausparkasse Süd und zur Änderung des Sparkassengesetzes und weiterer Vorschriften

Drucksache 17/4160

an den Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen überwiesen

## **Sonstiges:**

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der AfD

 Aufnahmestopp in Baden-Württemberg: Migrationsdruck auf den Wohnungsmarkt – der soziale Frieden ist in Gefahr

Drucksache 17/4305

Dringlicherklärung abgelehnt